DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Februar 02/2001

Beschluss des Beirates Neustadt

Maßnahmen gegen neonazistische Organisationen

Ein Antrag des PDS-Vertreters vom Herbst des vergangenen Jahres hatte den Beirat aufgefordert, angesichts des Anwachsens rechtsradikaler Aktivitäten, Maßnahmen zu deren Bekämpfung zu beschließen. Dies rief zunächst eine recht eigenartige Reaktion hervor: Es kam ein Antrag von CDU- und SPD-Beiratsfraktionen in Umlauf, in dem sowohl rechts- wie "linksextremistische" Gewalttaten verurteilt wurden und die dagegen einzuleitenden Maßnahmen alle "vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich einzustufenden Organisationen und Gruppierungen" treffen sollte.

In der Öffentlichen Beiratssitzung am 14. Dezember lag dieser Antrag nicht mehr vor. Es gab zu der darin enthaltenen gefährlichen Gleichsetzung von Rechts und Links eine lebhafte, die Gleichsetzung ablehnende Debatte. Ein Sprecher der VVN-BdA wies empört darauf hin, dass mit der Berufung auf den Verfassungsschutz indirekt auch die Organisation der ehemaligen Widerstandskämpfer und konsequenten Antifaschisten Bremens angesprochen sei. Sie würde doch seit Jahrzehnten entgegen den politischen und rechtlichen Bestimmungen von Grundgesetz und Landesverfassung vom VS observiert.

Im Verlauf der Diskussion auf der Öffentlichen Beiratssitzung kam es dann zu dem folgenden, einstimmig gefassten Beschluss:

1. Für den Beirat ist es nicht hinnehmbar, dass extremistische Gewalttäter durch Hetzparolen, Aufmärsche und Gewalttaten Menschen in existentielle Ängste versetzen, sie in ihren Freiheiten beschneiden, sie verletzen oder sogar ermorden.
2. Ein Ziel des Beirates ist es, mit dafür zu sorgen, dass es ein friedliches und freundliches Miteinander aller Neustädter Bürger, egal welcher Nation gibt.
3. Der Beirat verurteilt jede Gewalt gegen Ausländer und Andersdenkende aufs Schärfste.
4. Der Beirat verurteilt jegliche neofaschistischen und antisemitischen Aktivitäten insbesondere auch im Stadtteil Neustadt.
5. Der Beirat fordert den Senat auf, mit allen demokratischen und rechtlichen Mitteln darauf hinzuwirken, dass rechtsradikale Veranstaltungen in der Neustadt und in ganz Bremen nicht mehr stattfinden können bzw.(...) mehr zu genehmigen.
6. Der Beirat appelliert an alle privaten Besitzer von Gaststätten und Versammlungsräumen (...) ebenso zu verfahren. Das Stadtamt wird aufgefordert, sämtliche Anmeldungen derartiger Aktivitäten im Stadtteil (...) dem Beirat mitzuteilen.
7. Der Beirat fordert vom Senat und der Bürgerschaft eine an sozialen Gesichtspunkten orientierte (...) Jugend- und Bildungspolitik. Diese sind unverzichtbar in einer Gesellschaft, in der Menschenverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt keine Chancen haben dürfen.

Der Senator für Inneres, Kultur und Sport wird gebeten, diesen einstimmigen Beschluss des Beirates Neustadt dem Senat zur Kenntnis zu bringen.

Ingeborg (unwesentlich gekürzt)

Der Bremer Räterepublik gedenken

Am Sonntag, den 04. Februar 2001, um 11:00 Uhr wird am Waller Friedhof (Haupteingang) der Bremer Räterepublik vor 82 Jahren gedacht und an die Opfer und Täter erinnert. Das Wirken des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates und die Existenz der Räterepublik sind „unaufgearbeitete Vergangenheit", da ihr Vorhandensein weitgehend verschwiegen wird. Die Ereignisse des 04. Februars 1919 werden höchstens in Veranstaltungen wie dieser gewürdigt. Der Versuch, Revolution und Räterepublik in die Geschichte Bremens einzufügen wird nicht oder nicht ausreichend gewagt.

Es sprechen: **Konrad Kunick** (MdB) und **Armin Stolle**. Eröffnen wird **Willy Hundertmark** (VVN-BdA).
Musikalisch begleitet wird die Veranstaltung von einigen Mitgliedern des **Buchtstraßenchors** unter Leitung von **Martin Lugenbiehl**.
Im Anschluss liest **Otmar Leist** im Westend, Waller Heerstraße 294, aus seinem jüngsten Roman "Die Schlange".

Zu dieser Veranstaltung rufen auf:
Allgemeiner StudentInnen Ausschuss der Universität Bremen, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Arbeitskreis Verfolgter Sozialdemokraten, Bund Deutscher PfadfinderInnen, Bremer Jugendring, DGB - Jugend Bremen, Deutscher Gewerkschaftsbund - Kreis Bremen, Deutsche Kommunistische Partei - Bezirk Land Bremen, GesamtschülerInnenvertretung, Jugendausschuss IG-Metall, Jungsozialisten in der SPD - Bremen, Naturfreunde Jugend, PDS Bremen, SOLID - Die Sozialistische Jugend, Sozialistische Jugend Deutschlands - die Falken, Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Landesverband Bremen, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten - Landesverband Bremen

Ehrenmitglieder

Im Vorgriff auf eine in der Satzung zu treffende Regelung wird der Bremer Landesvorstand am 29. Januar drei Kameraden und einer Kameradin die Ehrenmitgliedschaft der Bremer Landesorganisation verleihen: **Henryk Hauffe** (Poznan, Polen), **Dr. Henri Morgenstern** (Bagnolet, Frankreich), **Cees Ruyter** (Rotterdam, Niederlande) und **Dicky Verdenius** (Raerd, Niederlande).

Aus den Rückmeldungen auf unsere Überlegungen möchten wir hier zitieren:
"...dass es für mich eine sehr große Ehre wäre, als Ehrenmitglied der VVN-Bremen anerkannt zu sein. Diese Ernennung zum Ehrenmitglied bedeutet für mich ein größeres Engagement im weiteren Kampf für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern (...). Meine einzige Regel in der Politik ist Toleranz mit Gegenseitigkeit, Recht und Gerechtigkeit. Rassismus ist das größte Gift der menschlichen Gedanken" (Henri Morgenstern). "Der Gedanke, auch mir die Ehrenmitgliedschaft der VVN-BdA anzutragen, hat mich überrascht und sehr gefreut". (Cees Ruyter)

Raimund

Wie ist das möglich?

Hendryk Hauffe war Zwangsarbeiter in Bremen und hat uns zusammen mit einer polnischen Delegation im Juni 2000 besucht. Henryk hat uns schon öfter geschrieben und soll Ehrenmitglied werden.

"(...) Bei uns in Polen wird jetzt in unseren Zeitungen sehr viel geschrieben über die Neo-Nazis. Das ist schrecklich, dass eben in den neuen Bundesländern so viele Neo-Nazis leben und ihre Propaganda machen, vor allem unter jungen Leuten. Ein "Sieg-Heil-Gruß" gilt bei vielen als normal, die jungen Leute wollen damit angeben. Ich habe in der Berliner Zeitung gelesen, dass in der Nähe von Berlin fast alle Diskotheken von Neo-Nazis beherrscht werden. Es gilt als normal, dass beim Lagerfeuer Bratwürstchen gegessen und "gute alte deutsche Lieder", wie das "Horst-Wessel-Lied" oder "wir fahren gegen Engeland", gesungen werden. Wie ist das möglich?
Fast über 40 Jahre hat man in der DDR die Nazis bekämpft, wenigstens offiziell. Das waren immer gute Deutsche, die mit Adolf nichts zu tun hatten. In Polen gibt es leider auch einige Vorkommnisse, wo die Pseudo-Nazis probieren, etwas Krach zu schlagen, aber nicht in Poznan, sondern in Oberschlesien. Das sind solche Volks-Polen mit deutschem Pass. Die arbeiten in Deutschland, geben Geld aus in Polen, brauchen nicht zum Militär gehen, haben es so viel bequemer (...).

Ich möchte im Sommer noch mal nach Bremen kommen, aber das ist ein Wunschtraum, weil ich nicht in der Lage bin, 140,- DM für die Reise zu bezahlen.

Es ist weiter still um unsere Zwangsarbeiter-Entschädigung. Erst müssen alle in den USA auf ihre Klagen verzichten, dann der Bundestag unterzeichnen, dann wird es in Polen verteilt. Jetzt denken die Herren darüber nach, wie viel wir kriegen sollen, 30%, 50% oder 100%. Wenn das also im Juli 2001 klappt, und wir noch leben, können wir froh sein.

Ich bin leider 77 Jahre alt und muss noch weiter arbeiten (als Parking-Manager im Hotel Poznan). Die 600 Zloty (Anm: umgerechnet etwa 300 DM), die ich zusätzlich verdiene, gebe ich jeden Monat für Medikamente für meine Frau und mich aus. In den nächsten Monaten muss ich eine Hüft-Operation überstehen (linkes Bein) und muss jetzt auch viele Tabletten nehmen, um die Schmerzen zu beseitigen. Aber hoffentlich wird alles gut."

Henryk Hauffe (Briefe aus Poznan)

Aufmerksamkeit

Rückerinnerungen einer ukrainischer Zwangsarbeiterin an ihren Besuch in Bremen vor mehr als einem Jahr

"(...) Dort, wo das Haus gestanden hatte, in dem ich lebte, waren wir am Abend und sahen nichts. In diesem Haus in der großen Annenstraße 12 war und bin ich bis zum heutigen Tage gemeldet. Das Haus war ja versichert, und es liegt auf der Hand, dass meine Wirtsleute während der Bombardierung in diesem Haus ums Leben kamen (Anm.: Sie kamen doch nicht um, nach dem Krieg zogen sie nach Bremen-Nord). Sie hatten keine Kinder, es gab nur mich.

Der Hauswirt wiederholte immer wieder, ich hätte viel Geld und zeigte auf dieses Haus (...). Ich bitte darum, dass man mir für Mai-Juni eine Einladung schickt, damit ich zurückkommen kann, um meine Elte[rn] in der Zionskirche, wo wir Abendbrot hatten, gebührend zu würdigen (...). Mein Herz tut mir sehr weh wegen dieses Gedankens. (...). Später werde ich wegen meines Alters nicht mehr im Stande sein zu fahren. Ich lebe ganz allein, habe Last wegen meines Alters von 74 Jahren, auch Geld habe ich keins."

Maria Saizewa (Brief aus Sebastopol)

Radioaktive Munition

Nun holt der Krieg gegen Jugoslawien auch die NATO-Soldaten ein. Nachrichtenagenturen berichten von blutkrebskranken spanischen, italienischen und portugiesischen Soldaten, die gegen Jugoslawien eingesetzt waren. Die USA haben wie schon im Golfkrieg radioaktive Munition verschossen, die noch tötet, wenn der Krieg schon längst zuende ist.

Prof. Siegwart-Horst Günther, Tropenmediziner und Strahlenforscher, machte als erster die Weltöffentlichkeit auf die kranken Kinder im Irak aufmerksam, die ahnungslos mit dem Teufelszeug gespielt hatten. Seine Untersuchungsergebnisse und die anderer Wissenschaftler sind seit Jahren bekannt. Die IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges) hat Dokumente zum Thema DU-Munition (Urangehärtete Munition) herausgegeben. Dennoch, gegen Jugoslawien wurde die radioaktiv strahlende Munition eingesetzt. Für mich ein weiterer Beweis für die verbrecherische NATO-Kriegsführung! Was Friedensbewegte, ebenfalls die Deutsche Friedensgesellschaft fordern, ist die medizinische Betreuung und Entschädigung von Soldaten und Zivilisten.

Ernst

Neues zu den "Unabhängigen Nachrichten" und ihren Freunden

Wir wurden im Februar 1998 von den "Freunden" der der NPD nahestehenden Unabhängige Nachrichten (UN) beglückt. Am 13.02. beklebten die, laut CDU/SPD "in Bremen nicht vorhandenen", Nazis das Schaufenster unseres Büros mit Plakaten. Dort wird die Bombardierung Dresdens 1945 durch die Allierten als Massenmord am deutschen Volk dargestellt. Wer den Krieg anzettelte und somit auch die Hauptverantwortung für die Bombardierung trägt, verschweigen die Braunen.

Dem neofaschistischen Monatsblatt "Unabhängige Nachrichten" und dessen Herausgeber, dem "Freundeskreis UN e.V." ist zum fünften Mal ein Konto aufgekündigt worden. Diesmal war es die Essener "Sparda-Bank". Mit Verweis auf ihre "Allgemeinen Geschäftsbedingungen" wurde das Konto zum 15. November gekündigt. *(Nachtrag: Leider ist mittlerweile die "Citybank" in Düsseldorf eingesprungen)*

An dieser Stelle darf natürlich nicht die Aufforderung an die Bremer Geldinstitute fehlen, ihre Geschäftsbedingungen sorgfältig zu studieren und möglicherweise noch vorhandene Konten von neofaschistischen Parteien, Gruppierungen, Institutionen und Firmen zu kündigen. Auch Firmen, die diese unterstützen, sollten ihre Geschäftskonten verlieren, auch wenn es ein beträchtlicher Verlust für die Banken wäre. Ein Imagegewinn ist es auf jeden Fall. So unterstützte z.B. das B[re]mer Unternehmen Tandler Zahnrad- und Getriebefabrik GmbH & Co. die DVU nicht nur finanziell. Weitere Infos zu Tandler finden sich in einem weiteren Artikel auf Seite 4 in dieser Ausgabe.
Die in Oberhausen ansässigen UN suchen "fachkundige Anwälte, die bereit sind", Klagemöglichkeiten gegen den "Westdeutschen Rundfunk" zu prüfen. Der WDR hatte über seine Werbetochter WWF der "Stiftungsinitiative der Wirtschaft" 320.000 DM zur Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen zur Verfügung gestellt. Dies sei, so die "Unabhängigen Nachrichten" eine "rechtswidrige Zweckentfremdung und Veruntreuung ihrer Zwangsbeiträge, gegen deren Festsetzung und Verwendung sie sich nicht zur Wehr setzen können."
Es ist doch paranoid zu verurteilen, wenn jemand freiwillig in die eh schon mageren Kassen der Stiftungsinitiative einzahlt. Aber das sehen die Freunde und Nachfolger der Täter selbstverständlich ganz anders.

Gerold (AG Neofaschismus)

Franz Adolf Eduard Lüderitz

Den Bremer Kolonialisten Lüderitz und Vogelsang ist in Schwachhausen je eine Straße gewidmet. Dort wird Betrügern eine Ehre teil, die vielen Verdienten verweigert wird.

Am 16. Juli 1834 wurde Franz Adolf Eduard Lüderitz als Sohn eines Bremer Tabakgroßhändlers geboren. Er ging 1854 nach seiner Lehrzeit in die USA. Dort wollte er Tabakhandel studieren, wurde allerdings Farmer und Viehzüchter in Mexiko. Dort kam er schnell zu Wohlstand, verlor alles wieder bei einer Revolution und kehrte verarmt und krank 1859 wieder zurück nach Bremen. Er heiratete sich in eine reiche Familie ein, übernahm nach dem Tod des Vaters 1878 dessen Tabakgroßhandel und kaufte ein Landgut. Dort lebte er "halb als Tabakhändler und halb als Gutsherr". Wirtschaftspolitische Gefahren im Kaiserreich (Tabakmonopol) ließen ihn nach anderen Einnahmequellen suchen. Lüderitz beteiligte sich 1881 an einer Niederlassung in Lagos (Nigeria).

Schnell musste er erkennen, dass Westafrika zwar als wohlstandsfördernd galt, jedoch von britischen Kaufleuten beherrscht wurde. So suchte er nach einem "weißen Fleck" auf der Karte. 1882 lernte er den knapp 30 Jahre jüngeren Bremer Kaufmannsgehilfen Heinrich Vogelsang kennen. Der hatte den Süden Afrikas schon bereist. Zusammen mit dem stellungslosen Kapitän Karl Timpe schipperten sie mit der 280-Tonnen-Brigg "Tilly" los. Ein Missionar der Rheinischen Missionsgesellschaft in Kapstadt riet ihnen, sich von Joseph David Fredericks, Häuptling von Bethanien, einem der Nama-Stämme, Land anzueignen, da noch niemand Ansprüche auf dessen Küstenstreifen erhoben hatte. Die Nama wurden verächtlich "Hottentotten" genannt, was "Stotterer" bedeutet. Auf Geheiß von Lüderitz "erwarb" Vogelsang am 01. Mai 1883 von Fredericks für 100 Pfund in Gold und 200 alte Gewehre, eine Meeresbucht "inklusive fünf Meilen Land von jeden Punkt der Küste aus gerechnet". Die besagte Bucht war die von Angra Pequeña (jetzt Lüderitzbucht). Im August gaunerte er ihm in einem zweiten Vertrag ein etwa 20 Meilen großes Landstück für 500 Pfund und 60 Gewehre ab. Fredericks bemerkte nicht, dass es sich um deutsche bzw. geographische Meilen (7.420,40 m) und nicht um englische Meilen (1.609,34 m) handelte. Der "Irrtum" wurde Lüderitz erst später klar, als er den bismarckschen Kurier, Nautilus-Kapitän Aschebom, den Vertrag zeigte. Lüderitz frohlockte: "Dann gehören mir ja auch die Kupfermienen in den Nau-Bergen." Er klärte wieder an Land Vogelsang auf und meinte: "Lassen Sie Joseph Fredericks aber vorläufig in dem Glauben, daß es 20 englische Meilen sind." Fredericks "verkaufte" ohne es zu merken seinen ganze Besitz. Das erschwindelte Stück Land wurde das Kernstück des späteren Deutsch-Südwestafrika (jetzt Namibia). Nach diversen Expeditionen und "Käufen", die vor allem Vogelsang durchführte, umfasste das Gebiet etwa 580.000 km² mit ca. 200.000 Einwohnern und wurde bis 1885 so weit ausgedehnt, dass es dem heutigen Namibia in etwa entspricht. Da Lüderitz aber mittlerweile pleite war, musste er seine "Kolonie" am 30. April 1885 an die neugegründete "Deutsche Colonialgesellschaft Südwest-Afrika" - hauptsächlich waren es Bankgesellschaften - verkaufen. Auch Vogelsang und Timpe gingen völlig leer aus. Um die "Colonialgesellschaft" und sich selbst vor betrogenen Stämmen zu schützen, bat er um Hilfe. Bismarck ließ sich nicht lange bitten. Damit war das Fundament zu einer mehr als hundertjährigen Unterdrückung der dort lebenden Afrikaner gelegt.



Am Mahnmal für die Bremer Räterepublik im Jahr 2000

Lüderitz starb am 24.10.1886. Wahrscheinlich ertrank er zusammen mit einem Begleiter, als sie versuchten bei Sturm die Mündung des Oranjeflusses zu durchqueren. Seine Leiche blieb verschollen.

Gerold

NPD militant - VS weiß von nichts

Nach langer Zeit der Öde hat sich der Bremer Verfassungsschutz (VS) doch noch genötigt gesehen, per Internet eine "Darstellung des Rechtsextremismus im Lande Bremen" abzugeben. Wie erwartet fehlen jegliche Hinweise auf Beziehungen personeller und ideologischer Art zu Organisationen wie bspw. dem "Verband Deutscher Soldaten". Aber auch die Informationen über den aktuellen Stand speziell der gewaltbereiten Szene sind in ihrer Tendenz verharmlosend und irreführend. Es ist die Rede von "in sehr geringer Zahl verübten Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation, deren Täter überwiegend ermittelt wurden"(!). Überwiegend handele es sich "um Spontantäter mit einer rechtsextremistischen Orientierung, ohne organisatorische Verortung."
Speziell zur NPD Bremen schreibt der VS in seiner aktuellen Stellungnahme: "Straftaten von NPD-Mitgliedern wurden in Bremen nicht registriert. Ein «aggressiv-kämpferisches» Auftreten der NPD in der Öffentlichkeit kann in Bremen nicht konstatiert werden." Wer Zeitung ließt, könnte zu einem gegenteiligen Schluss kommen: Schlagzeilen im WK wie "Bombe besaß eine enorme Sprengkraft" und "Waffenfund bei NPD-Vorsitzenden" vom Dezember letzten Jahres sprechen doch eine andere Sprache. Angeklagt sind derzeit die Bremer Neonazis Falk L. und Marcel S. aus dem Umfeld der "Kameradschaft Bremen" wegen "Vorbereitung eines Explosionsverbrechens". Beide hatten eine Rohrbombe zwecks Anschlages auf ein Flüchtlingsheim gebaut. Wegen Mitwisserschaft ist angeklagt der NPD-Funktionär Kurzeja (ehemaliger "Torfstürmer").
Beim Bremer NPD-Vorsitzenden Wrieden wurden u.a. "zahlreiche Schlagwerkzeuge" und Schrift stücke mit Hakenkreuzen gefunden. Wrieden hatte in seiner Funktion als NPDler ferner bereits im Juli letzten Jahres ein Fax der (mittlerweile verbotenen) Organisation "Blood and Honour" an die taz Bremen geschickt. In dem Schreiben wurde Verständnis für Leute geäußert, die auf Polizisten schießen und sich gewundert, dass dies nicht auch andere tun. Auf einer von Wrieden zu verantwortenden Internet-Seite wurde zu Gewalt gegen ads Bremer VVN-BdA-Büro aufgerufen.

Markus Adrian Lüdeke (letzter Wohnort war Stuhr) wurde kürzlich wegen sexueller Nötigung von Jugendlichen im Rahmen obskurer Wehr-sportübungen in Verden zu 6 ½ Jahren Haft verurteilt. Lüdeke ist seit 17 Jahren in der Neonazi-Szene aktiv.

Thomas (AG Neofaschismus)

Brief an Debbie

(die Ausstellung in der Villa Ichon ist noch bis zum 23. Februar 2001 zu sehen)

Am 27.04.1945 befreiten amerikanische GI's der zwölften Panzerdivision das brennende jüdische KZ Kaufering IV, eines von 11 jüdischen KZ des Kommandos Kaufering/Landsberg. Zu diesen Befreiern gehörte auch der Leutnant Albert Gaynes. Überwältigt vom Anblick der von der SS verbrannten toten jüdischen Häftlinge und von den wenigen Überlebenden des Lagers, schrieb er am 30. April 1945 einen Brief an seine Frau Debbie:

"Ich habe heute die ganze Bestialität der Nazis gesehen in einem Horror-Konzentrationslager... Ich erlebte mit meinen eigenen Augen den scheußlichen Anblick. Debbie, ich hoffe, du wirst niemals das sehen, was ich sehen werde bis ich sterbe".

Auf acht Seiten beschrieb er das Grauen, das seine Division nach der Befreiung des Lagers entdeckte: Zahlreiche nackte Leiber, die in langen Gräben lagen, verhungert und zu Tode gequält. "Skelette mit Hauf", schrieb er. Dem Brief beigefügt waren 13 Fotos der Opfer des Massakers, die sein Sergeant am Tage der Lagerbefreiung aufgenommen hatte.

Die 1937 in Israel geborene, in Hastings on Hudson lebende US-amerikanische Künstlerin Yardena Donig Youner stellte aus dem Brief und den Fotos eine Ausstellung zusammen. (...) Auf den ersten Blick sieht man Gaynes gekringelte Kursivhandschrift. Dann aber, hinter den Worten, die den Tod beschreiben, die Bilder von ausgemergelten Körpern, die in anonymen Massengräbern liegen. "Ich wollte, dass man nicht gleich die Bilder sieht. Zuerst liest man den Brief und dann entdeckt man die Bilder im Hintergrund", sagt die Künstlerin (...). "Dieser Leutnant Gaynes war ein normaler Mann, der im Krieg kämpfte. Aber dieser Mann war so überwältigt, dass er Poesie schrieb. ... Seiten, die ein Buch ergeben...".

Jörg Wollenberg

Erinnerungen an die Wende bei Stalingrad 1943

Die Schlacht um die Wolga-Stadt begann im Sommer 1942. Sie endete am 3. Februar 1943. Hitler wollte mit dieser Schlacht seine "Blitzkrieg-Überlegenheit" beweisen. Es kam ganz anders! Die sowjetischen Truppen ergriffen die Initiative und schlugen die Wehrmacht in die Flucht. Von der Roten Armee der Sowjetunion wurden sie bis in die Ausgangsstellungen verfolgt und zerschlagen. Von der Bevölkerung der durch die Wehrmacht besetzten Länder wurden sie als Befreier begrüßt.
Genau das gab den Oberen in den USA und Großbritannien den Anlass, ihr 1941 der Sowjetunion gegebenes Versprechen, eine zweite Front gegen die Hitler-Wehrmacht zu eröffnen, endlich einzulösen. Die fast zwei Jahre verzögerte Einlösung des Versprechens hatte keine militärischen, sondern politische Gründe. Die Begründung dazu lieferte die "Truman Doktrin" von 1941. Als Berater von US-Präsident Roosevelt gab Truman 1941, beim heimtückischen Überfall der Nazi-Wehrmacht auf die Sowjetunion dem Präsidenten Roosevelt den Rat: " Wenn wir sehen, das Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen, und wenn Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen. Sollen sich auf diese Weise nur viele gegenseitig totschlagen."
Statt von "Sowjetunion" sprach Truman schon damals nur von "Russland". Das hatte doch Gründe! Die kapitalistischen USA hatten kein Interesse an einer Stärkung der Sowjetunion, sondern an ihrer Schwächung. Ohne die zweite Front wäre mit Sicherheit die Sowjetunion alleiniger Sieger geworden und damit bedeutend gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen. Nach dem Tod Roosevelts wurde Truman sein Nachfolger und erster Nachkriegs-Präsident der USA. In dieser Position setzte er modifiziert seine "Doktrin" von 1941 fort. Die nach Ende des Krieges vorherrschende Stimmung: "Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg", störte dabei. Sie musste verdrängt werden! Truman erfand dazu den "Kalten Krieg".

Alois

Unverantwortlich

Ausführlich wurde gemeldet, dass der Landesrechnungshof in einem Prüfbericht die schleppende Abschiebung von abgewiesenen Asylbewerbern rügt, da dadurch der Sozialetat belastet würde. So etwas schürt nach Ansicht von Hartmut Drewes, Sprecher des Bremer Friedensforums, "die Ausländerfeindlichkeit in unserem Lande mehr als die Aktivitäten der Neonazis."
Gleichzeitig erinnerte das Friedensforum an die wahre Verschleuderung von Geldern in Millionenhöhe durch die Öffentliche Hand. So bezeichnete der Bundesrechnungshof jüngst die zusätzlichen Kosten für den Eurofighter als "unverantwortlich".

Ekkehard Lenz

Bremer Unternehmer sponserte die DVU

Am zweiten Weihnachtstag starb Siegfried Fritz Tandler von der Tandler Zahnrad- und Getriebefabrik GmbH & Co. unter tiefer Anteilnahme mit 86 Jahren. Er wurde am 04.10.1914 im Sudetenland geboren. In den Todesanzeigen wird er als Mensch der *"hart gegen sich und gegen andere"* gewesen sei und von einem *"unbändigen Siegeswillen"* getrieben gewiesen sei, charakterisiert.

Eine Todesanzeige fehlt allerdings, die der Deutschen Volksunion (DVU). Schließlich war er einer der mächtigsten Mäzene der DVU in Bremen. Er spendete durchaus Summen über 3.000 DM [illegible] bei den Verlosungen der Bremer Ne[illegible]zis saß sein Portemonnaie stets locker, wie die IG Metall in ihrem "Magazin" schon im Mai 1995 berichtete. Neben großzügigen Geldbeträgen waren auch Sachspenden drin. Das sagt auch Franziska Hundseder (Buch- und TV-Autorin u.a. "Rechte machen Kasse - Gelder und Finanziers der braunen Szene") in der "Gewerkschaftlichen Praxis, Zeitschrift für aktive PostgewerkschafterInnen" im April 1996. Ebenfalls schriebt die Wochenzeitung "Die Woche" in der Ausgabe vom 30. April 1998 über die Verbindungen von Gerhard Frey und Siegfried Fritz Tandler.
Die Quellen geben sogar noch tiefere Einblicke in die Seele des Verstorbenen preis. Es wird das Parteiausschlussverfahren vom 12. August 1992 erwähnt, das auf dem Tandlerschen Firmengeländ[illegible] der Bremer Neustadt durchgeführt wur[illegible]de. Dort habe sich Tandler laut einer Betroffenen (siehe IG Metall "Magazin") aufgeführt "wie Freisler am Volksgerichtshof".

Die Hauptseite von Tandlers Firma im Internet nennt sich denn auch sinnigerweise "Heimatseite". Somit ist es auch nicht groß verwunderlich, dass "im Sinne des Verstorbenen um Spenden an die Sudetendeutsche Landsmannschaft" gebeten wird. Die Tandler Zahnrad- und Getriebefabrik hat in Bremen neben dem Mutterwerk (Doventorsdeich) einen weiteren Standort, eben den erwähnten in der Neustadt (Kornstraße). Dazu kommen sechs Filialen bzw. Vertriebsniederlassungen in Deutschland und weitere in 17 Ländern auf vier Kontinenten.
Das Unternehmen ist wenig bekannt, doch werden zum Beispiel Geldnoten mit Präzisionswerkstücken von Tandler gedruckt.

Gerold (AG Neofaschismus)

Bremer Klinik zweckentfremdet

Der kürzlich bekannt gewordene Abschluss eines Partnerschaftsvertrages zwischen dem Rote-Kreuz-Krankenhaus in Bremen und der Delmenhorster Reservelazarettgruppe kann nur als skandalös bezeichnet werden. Dieser Vertrag stellt einen weiteren Schritt in Richtung Militarisierung der Gesellschaft dar, und er bedeutet darüber hinaus auch in Bremen ein Stück zunehmende Vernetzung des zivilen Gesundheitswesens mit den Interessen der Bundeswehr.

Nach Feststellungen der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) Tübingen wurden schon am 22. April 1999 zwischen dem Ministerium und der Deutschen Krankenhausgesellschaft eine "gemeinsame Erklärung zur zivil-militärischen Zusammenarbeit", sowie die entsprechenden Musterverträge verabschiedet. Die Verhandlungen über "Rahmenverträge" sollen im Falle eines Krieges, und auch schon in Friedenszeiten leistungsstarke Krankenhäuser vertraglich an die Reservelazarettgruppen der Bundeswehr binden. Dies muss als ein groß angelegter Versuch gesehen werden, im Rahmen der Vorbereitung weiterer Kriege den Streitkräften Zugriff auf das personelle und technische Know-How der größten deutschen Krankenhäuser zu verschaffen.

Das Bremer Friedensforum kritisiert diese Art der Vorbereitungen und ist nicht bereit, den Vertragsabschluss zwischen der Bremer Klinik und der Delmenhorster Reservelazarettgruppe hinzunehmen.

Wieland von Hodenberg

Neue Weltordnung?

Der vom neuen US-Präsidenten George W. Bush jun. ernannte Außenminister - Collin Powell - war bereits zur Zeit, als Bushs Vater noch Präsident der USA war, als Generalsstabchef im Golf-Krieg auf Kriegsspur. Sein damaliger Chef, George Bush sen., versprach damals eine "neue Weltordnung" zu schaffen.

Krieg war aber die Wirklichkeit! Ob der Sohn das ändert? Zweifel sind angebracht. Eine Welt ohne Krieg - wie sie 1945 - gefordert und versprochen wurde, wird es nur ohne und gegen die Kräfte des Groß- und Rüstungskapital geben.

Dazu müssen die Kräfte der Friedensbewegung gestärkt und verstärkt werden.

Alois

Friedensforum unterstützt Kirchenkritik

Das Bremer Friedensforum begrüßt den Rüstungsexportbericht der beiden großen Kirchen in Deutschland. Diese kritisieren nicht nur, dass Deutschland im Waffenhandel einen der vorderen Plätze einnimmt, sondern auch gerade Israel und die Türkei die wichtigsten Empfängerländer sind. Nach Ansicht von Hartmut Drewes und Ekkehard Lentz vom Friedensforum kann die aus der deutschen Vergangenheit gegebene Verpflichtung gegenüber Israel nicht darin liegen, diesen Staat mit Waffen zu beliefern. Dies hält im Übrigen auch die Friedensbewegung Israels für fatal.
"Durch Waffenexporte wird dem Staat Israel, der letztlich auf einen Frieden in dieser Region angewiesen ist, kein guter Dienst erwiesen. Allnächtliche Bombardierungen palästinensischer Siedlungen und andere Gewaltakte zerstören alle Entspannungsversuche in Nahen Osten", erklären die Sprecher des Forums.
Die Lieferung deutscher Waffen in die Türkei seien ein Hohn auf alle Beteuerungen der Bundesregierung, dass in ihrer Außenpolitik die Menschenrechte an vorderster Stelle stünden. Das Vorgehen der türkischen Regierung gegen politische Gefangene zeige, dass die Menschenrechte von Minderheiten in diesem Staat immer noch wenig gelten.
Die steigenden deutschen Waffenexporte treiben nach Ansicht des Bremer Friedensforums andere Staaten nicht nur militärisch, sondern auch politisch in die falsche Richtung.

Ekkehard Lentz

Bundeswehr kleiner, aber gemeiner

Jetzt jammern sie wieder, die Freunde von Militär und Schießplätzen. Der Hauptgeschäftsführer des niedersächsischen Städtetages, Wolfgang Schröder, trauert um sein Land, das müsse durch die Schließung von Kasernen sogar "bluten". Müssen nicht vielmehr Mitmenschen, vor allem Zivilisten, durch die Nutzer von Kasernen "bluten" z.B. in Jugoslawien, Irak oder Ruanda? Der CDU-Politiker Wulff fordert "Kampfeswillen" von Ministerpräsident Gabriel, der mit Kriegsminister Scharping um den Erhalt niedersächsischer Standorte "ringen" soll.
Um der Wahrheit willen, die Waffenfreunde brauchen nicht allzu sehr jammern. Die Bundeswehr wird nämlich nur ein bisschen abgespeckt, und mit dem Geld aus dem Verkauf der Liegenschaften und veraltetem Gerät werden neue Waffen angeschafft. Kampfhubschrauber Tiger, Transportflugzeuge, Korvetten, Fregatten, U-Boote, der Marschflugkörper TAURUS usw. verwandeln die Bundeswehr in eine überall auf der Welt einsetzbare Interventionstruppe. Die Bundeswehr wird zwar etwas kleiner, dafür aber umso gemeiner!
Friedensfreunde und Militärgegner haben in diesen Tagen aber auch einen Grund zur Freude, hat doch das Bundesverwaltungsgericht das Aus für das "Bombodrom" Wittstocker Heide verkündet, wenn auch nur "vorerst".

Ernst Busche

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name ________

Vorname ________

Straße ________

PLZ, Ort ________

Geb.-Datum ________

Bremen, den ________

Unterschrift ________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 28,
28217 Bremen

Wichtige Termine im Februar 2001

"Ausgegrenzt, Verfolgt, Misshandelt ... Vernichtet"

Am Freitag, den 02. Februar lesen um 20:00 Uhr im Bürgerhaus Gustav Heinemann in Vegesack Bremer Schauspielerinnen Briefe und Biographien verfolgter Frauen während der Nazizeit.

- Herta Feiner: "Vor der Deportation", Briefe an die Töchter 1939 - 1942; gelesen von Christa Jacobs
- Geneviève de Gaulle Anthonioz "Durch die Nacht", Erlebnisse im Lager Ravensbrück ; gelesen von Gudrun Daube
- Sara Tuvel Bernstein: "Die Naherin", Schicksal einer Siebenbürgener Jüdin, inhaftiert in Ravensbrück und Dachau; gelesen von Hille Darjes

Musikalisch umrahmt Mae Nele Tüttelmann (Violine) die Veranstaltung.

Geistertanz

Am 09. Februar finden ab 22:00 Uhr im Magazinkeller des Kulturzentrum Schlachthof in der Findorffstraße 51 mehrere Konzerte verschiedener Richtungen (Industrial - Gothic - Dark Wave - Electro - EBM) statt. Die DJ's Edge Hog, Matze und Dirk "legen die Platten auf". Veranstalter sind "Grufties gegen Rechts/Music for a new Society". Viel Spaß.

OSZE statt NATO-Gewalt?

Auftrag, Wirkung und Chancen für gewaltfreie Konfliktlösungen

Die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung und das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Hamburger Universität laden ein zu einer Tagung:

am Freitag, dem 09.02.2001 von 15:00 bis 21:00 Uhr im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft am Marktplatz

Ab 15:00 Uhr
Beispiel Kosovo - ist die OSZE gescheitert oder sabotiert?

Jan Kleffel, Major a.D., OSZE-Beobachter im Kosovo: Wahrnehmungen aus dem OSZE-Einsatz 1998/99 im Kosovo

OSZE als Instrument der Friedenssicherung?

Dr. Heinz Loquai, Brigadegeneral a.D., Militärberater der OSZE: OSZE- als Konfliktprävention, ihre Aufgabe in Bosnien/Herzogowina

Wo steht die OSZE heute?

Dr. Sabine Jaberg, Dozentin an der Führungsakademie der Bundeswehr: Die OSZE: Zwischen kooperativem Anspruch und hegemonialer Ordnungspolitik

Dr. Wolfgang Zellner, Direktor des Centre for OSZE Research (IFSH): Kleine oder große Krise: Zur aktuellen Lage der OSZE

Ab 18:00 Uhr Podiumsdiskussion mit den Referenten und Willy Wimmer (CDU MdB), stellvertretender Vorsitzender der deutschen Delegation bei der OSZE: Peace-keeping statt peace-making-(wie) kann die OSZE als Instrument der präventiven Friedenssicherung genutzt werden?

Die Veranstaltung wird unterstützt von den Ökumenischen Initiative und dem Bremer Friedensforum

Begegnungen

Als ich 1984 nach Habenhausen zog in das sog. "Dichter" - Viertel, gab es schon Irritationen: Hier "kreuzen" sich Georg Büchner, Theodor Fontane, Wedekind, Bertolt Brecht, Hermann Hesse und Remarque! Toll und endlich auch SIE als Straßennamen in Bremen! Aber: Warum geht von der Kästnerstraße eine Agnes-Miegel-Straße ab? War ich doch als ex - Juso - Delegierter mal mit beteiligt am Beschluss pro Straßen nach Marx und Engels - und die waren ja nun tatsächlich auch in meiner Nähe hier! Aber Miegel? Dscha, wurde ich dann von meinen neuen sozialdemokratischen Vorstädtern aufgeklärt: Dscha, DAS war Wunsch der CDU-Beiratsfraktion in Obervieland: DIE wollten diese Agnes-Miegel-Straße! "Dafür", Dscha, segneten diese Christdemokraten dann die Straßen nach Karl Marx und Friedrich Engels mit ab! So wär das vor 20 Jahren noch hier in Habenhausen!

Rainer Habel

Immer aktiver

"Wir brauchen Dauerbrenner, nicht Strohfeuer!" Dieses Stichwort aus dem neuen Roman von Otmar Leist sagt viel über die politische und schriftstellerische Philosophie des pazifistischen Autors aus.

Leist hat sich die Zeit genommen, genau hinzusehen und nachzudenken, wo andere längst resigniert haben oder dem Zeitgeist hinterhergelaufen sind. Das Ergebnis ist der Roman "Die Schlange", eine tiefgehende Reflexion u.a. über Kultur, Friedenspolitik und vor allem über die Frage was eigentlich "zählt" in der politischen Auseinandersetzung, was auf Dauer motiviert und Erfolg bringt.

Kaum zu glauben, dass Otmar am 16. Februar 80 Jahre alt wurde! Herzlichen Glückwunsch und weitere produktive und aktive Jahre wünscht der Landesvorstand der VVN-BdA ihrem Kameraden Otmar Leist

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Internet: http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundertmark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage Februar 2001

Johanna Elmers	17. 2.,	83 J.
Ernst Busche	20. 2.,	69 J.
Waltraut Metz	23. 2.,	75 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand